Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Kassel, 03.06.2008

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am
Montag, 19.05.2008, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Jordan eröffnet die mit der Einladung vom 08.05.2008 ordnungsgemäß einberufene 23. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt die Anwesenden.

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser erinnert mit einem kurzen Redebeitrag an die Bücherverbrennung vor 75 Jahren. In diesem Zusammenhang weist er auf eine um 20:30 Uhr stattfindende Veranstaltung auf dem Friedrichsplatz hin.

Anschließend übernimmt er wieder die Sitzungsleitung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Stadtverordneter Boeddinghaus erklärt zu Protokoll, dass seines Erachtens nicht ordnungsgemäß geladen wurde, da in der Einladung steht, dass beabsichtigt sei, die Tagesordnungspunkte 28 bis 30 in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. § 14 Satz 1 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung regelt, dass die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse grundsätzlich öffentlich sind.

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser teilt diese Ansicht nicht und weist darauf hin, dass zu einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingeladen wurde. Ob die Tagesordnungspunkte ggf. nicht öffentlich behandelt werden entscheidet das Gremium durch Beschluss.

Zur Tagesordnung

Nachfolgende Tagesordnungspunkte werden abgesetzt:

12. **Grüne Welle auf Kasseler Hauptstraßen**
    Antrag der CDU-Fraktion
    - 101.16.858 –

15. **Verkehrsmanagement für Kassel**
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.899 –

Die Tagesordnungspunkte wurden in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 15.05.2008 abgesetzt.

17. **Karlsplatz**
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.872 –

Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 15.05.2008 zurückgezogen.

20. **Radweg Eugen-Richter-Straße**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
- 101.16.895 –

21. **Betrieb der Regiotram auf der Harleshäuser Kurve**
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.896 –

Die Tagesordnungspunkte wurden in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 15.05.2008aus Zeitgründen nicht behandelt.

29. **Grundstückserwerb in der Gemarkung Waldau**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.913 –

30. **Grundstücksveräußerung in der Gemarkung Waldau**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.914 –

Die Vorlagen wurden in der Sitzung des Grundstücksausschusses einstimmig beschlossen.

Anträge zur Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser erklärt, dass Tagesordnungspunkt

28. **Erbbaurechtsbestellung und Grundstücksveräußerungen in der Gemarkung Wehlheiden**
Vorlage der Grundstückskommission
- 101.16.898

nach Mitteilung des Magistrats in öffentlicher Sitzung beraten werden kann. Der Aufruf erfolgt daher gemäß der Vorlagennummer in der Tagesordnung I nach Tagesordnungspunkt 8.

Stadtverordneter Rönz beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Wiedereröffnung Auebad.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3 Mehrheit) bei

Zustimmung:	SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordneter Häfner, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung:	FDP
Enthaltung:	--

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Wiedereröffnung Auebad, 101.16.946, wird **zugestimmt**.

Vorsitzender Kaiser stellt fest, dass er den Tagesordnungspunkt nach Tagesordnungspunkt 9 aufrufen wird.

Stadtverordneter Dr. Jürgens beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um die Resolution der Fraktion B90/Grüne betr. Zukunft der Arbeitsgemeinschaften von kommunalen Trägern und Agenturen für Arbeit (ARGEn).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3 Mehrheit) bei

Zustimmung:	B90/Grüne, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung:	SPD, CDU, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung:	--

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um die Resolution der Fraktion B90/Grüne betr. Zukunft der Arbeitsgemeinschaften von kommunalen Trägern und Agenturen für Arbeit (ARGEn) wird **abgelehnt**.

Der Antrag bleibt im Geschäftsgang und soll dem Wunsch der Fraktion B90/Grüne entsprechend in den Ausschuss Soziales Gesundheit und Sport überwiesen werden.

Stadtverordneter Boeddinghaus beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Bericht zum Konsolidierungsvertrag KVV.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (2/3 Mehrheit) bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordneter Häfner, Stadtverordnete Yildirim

Ablehnung: SPD, CDU, FDP,

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Bericht zum Konsolidierungsvertrag KVV wird **abgelehnt**.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.
Stadtverordnetenvorsteher Kaiser stellt die geänderte Tagesordnung fest.

Tagesordnung I

1. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2. Vorschläge der Ortsbeiräte

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser gibt den Beschluss des Ortsbeirates Jungfernkopf vom 24.04.2008 betr. Viertel-Stunden-Takt für die RegioTram bekannt.

3. Fragestunde

Die Fragen Nr. 303 bis 318 sind abgehandelt.

4. Wahl von sachkundigen Einwohnern in die Schul- und Bildungskommission
Vorlage des Magistrats
- 101.16.912 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt die nachstehend genannten Personen als **sachkundige Einwohnerin/sachkundigen Einwohner** in die Schul- und Bildungskommission.

Frau Hella Lopez
Altenbaunaer Str. 57E
34134 Kassel

Herrn Kadri Eroglu
Heinrich-Schütz-Allee 254
34134 Kassel
(Stadtelternbeirat)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl von sachkundigen Einwohnern in die Schul- und Bildungskommission, 101.16.912, wird **zugestimmt**.

5. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XXIII - Kassel-Unterneustadt -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.919 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Frau
Ursula Wallbach, geb. 13.08.1963 in Göttingen
Beruf: Werkstattleiterin, wh. Salztorstraße 3 A,
34125 Kassel als Schiedsperson für den Bezirk XXIII
- Kassel-Unterneustadt - für die nächste Amtsperiode."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk XXIII - Kassel-Unterneustadt -, 101.16.919, wird **zugestimmt**.

6. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk X - Kassel-Rothenditmold -
Vorlage des Magistrats
- 101.16.920 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn
Rolf Lösking, geb. 08.12.1937 in Volkstedt/Eisleben
Beruf: Rentner, wh. Naumburger Straße 1,
34127 Kassel als Schiedsperson für den Bezirk X
- Kassel-Rothenditmold - für eine weitere Amtsperiode."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Wahl einer Schiedsperson für den Bezirk X - Kassel-Rothenditmold -, 101.16.920, wird **zugestimmt**.

7. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf
Vorlage des Magistrats
- 101.16.881 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Das beiliegende Konzept „Kasseler Übergangsmanagement Schule – Beruf“ wird zum Beginn des Schuljahres 2008/09 umgesetzt .

2. Die bisher in der der Fachstelle Jugendberufshilfe des Jugendamtes vorhandenen 1,5 Vollzeitstellen und eine Vollzeitstelle des Kommunalen Jugendbildungswerks werden zur Umsetzung dieses Konzeptes herangezogen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung hebt den Beschluss Nr. 1712 vom 12.12.2005 , „Nulltarifausweis" für arbeitslose Jugendliche auf und stellt die Sachmittel für die Gewährung des Nulltarifausweises für das Übergangsmanagement zur Verfügung.

4. Der Magistrat übergibt die Koordinierung der sozialpädagogischen Betreuung von EIBE (Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt des Hessischen Kultusministeriums in Kooperation mit dem Europäischen Sozialfonds) in den Berufsschulen an JAFKA gGmbH. Die Oskar-von-Miller-Schule wird diese Betreuung im Rahmen des Projektes Selbstverantwortung Plus selbst durchführen.

5. Der Magistrat wird beauftragt mit der kommunalen Ausbildungs- und Qualifizierungs-gesellschaft JAFKA gGmbH einen Kooperationsvertrag zur Umsetzung des Übergangsmanagements abzuschließen, der auch die Einbeziehung und Inanspruchnahme von Fördermitteln aus dem Bund – Länderprogramm Soziale Stadt ermöglicht.

6. Gem. § 114 g Abs.1 HGO beschließt die Stadtverordnetenversammlung in 2008 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 106.000 € bei Kostenstelle 510 00 212 – Jugendbildung + Kinderinteressen -, Sachkonto 791 110 000 – Zuschüsse für lfd. Zwecke an soziale und ähnl. Einrichtungen -.
   Deckungsmittel stehen wie folgt zur Verfügung:
   50.000 € bei Kostenstelle 510 00 220, Sachkto. 799 100 000 (Zuschuss Übergang Schule-Beruf)
   14.000 € bei Kostenstelle 510 00 312, Sachkto. 784 361 100 (bisher Nulltarifausweis)
   42.000 € bei Kostenstelle 500 00 604, Sachkto. 784 311 200 (mögliche Minderausgaben bei der Hilfe zur Arbeit SGB II).

➢ Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der vorliegende Beschlussvorschlag der Magistratsvorlage wird um folgenden Punkt ergänzt:
7. Der Magistrat berichtet jährlich und strebt eine Evaluation an.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf, 101.16.881, wird **zugestimmt**.

➢ Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Als weiterer Punkt wird in die Vorlage eingefügt:

Mit dem ersten Bericht über die Umsetzung wird ein Konzept und Finanzplan für die Ausweitung des Angebots auf die Förderschulen, die Schulen mit dem Bildungsgang Hauptschule (Heinrich-Schütz-Schule, Reformschule) und die Beruflichen Schulen vorgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: B90/Grüne
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Antrag des Magistrats betr. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf, 101.16.881, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Boeddinghaus bringt für die Fraktion Kasseler Linke.ASG nachfolgenden weiteren Änderungsantrag ein:

➢ Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG vom 13.05.2008

Punkt 4 wird ergänzt:

Dabei ist sicher zu stellen
- Zeitverträge werden unter Einbeziehung der Ferienzeiten (ganzjährig) abgeschlossen
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben weiterhin bei der Stadt angestellt und werden zur Umsetzung der EIBE-Maßnahmen an die JAFKA gGmbH abgeordnet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG zum Antrag des Magistrats betr. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf, 101.16.881, wird **abgelehnt**.

Abschließend wird zur Abstimmung gestellt:

- **Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Das beiliegende Konzept „Kasseler Übergangsmanagement Schule – Beruf" wird zum Beginn des Schuljahres 2008/09 umgesetzt .

2. Die bisher in der der Fachstelle Jugendberufshilfe des Jugendamtes vorhandenen 1,5 Vollzeitstellen und eine Vollzeitstelle des Kommunalen Jugendbildungswerks werden zur Umsetzung dieses Konzeptes herangezogen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung hebt den Beschluss Nr. 1712 vom 12.12.2005 , „Nulltarifausweis" für arbeitslose Jugendliche auf und stellt die Sachmittel für die Gewährung des Nulltarifausweises für das Übergangsmanagement zur Verfügung.

4. Der Magistrat übergibt die Koordinierung der sozialpädagogischen Betreuung von EIBE (Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt des Hessischen Kultusministeriums in Kooperation mit dem Europäischen Sozialfonds) in den Berufsschulen an JAFKA gGmbH. Die Oskar-von-Miller-Schule wird diese Betreuung im Rahmen des Projektes Selbstverantwortung Plus selbst durchführen.

5. Der Magistrat wird beauftragt mit der kommunalen Ausbildungs- und Qualifizierungs-gesellschaft JAFKA gGmbH einen Kooperationsvertrag zur Umsetzung des Übergangsmanagements abzuschließen, der auch die Einbeziehung und Inanspruchnahme von Fördermitteln aus dem Bund – Länderprogramm Soziale Stadt ermöglicht.

6. Gem. 114 g Abs.1 HGO beschließt die Stadtverordnetenversammlung in 2008 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 106.000 € bei Kostenstelle 510 00 212 – Jugendbildung + Kinderinteressen -, Sachkonto 791 110 000 – Zuschüsse für lfd. Zwecke an soziale und ähnl. Einrichtungen -.
   Deckungsmittel stehen wie folgt zur Verfügung:
   50.000 € bei Kostenstelle 510 00 220, Sachkto. 799 100 000 (Zuschuss Übergang Schule-Beruf)
   14.000 € bei Kostenstelle 510 00 312, Sachkto. 784 361 100 (bisher Nulltarifausweis)
   42.000 € bei Kostenstelle 500 00 604, Sachkto. 784 311 200 (mögliche Minderausgaben bei der Hilfe zur Arbeit SGB II).

7. **Der Magistrat berichtet jährlich und strebt eine Evaluation an.**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderten Antrag des Magistrats betr. Umsetzung des Konzepts Kasseler Übergangsmanagement Schule - Beruf, 101.16.881, wird **zugestimmt**.

8. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.887 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser teilt mit, dass die Fraktion Kasseler Linke.ASG mit Schreiben vom 15.05.2008 ihren Änderungsantrag vom 08.05.2008 zurückgezogen hat.

➢ Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Baumschutzsatzung wird wie folgt geändert:

1.

§1, Schutzzweck, Abs. 1 der Satzung erhält folgende neue Fassung:
(1) Bäume sind wegen ihrer Schönheit, Seltenheit oder natürlichen Eigenart und zur
- Erhaltung und nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für die Bewohner,
- Gliederung und Pflege des Stadtbildes,
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes,
- Erhaltung und Verbesserung des Stadtklimas,
- Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und zur
- Erhaltung eines Lebensraumes für Tiere

nach Maßgabe dieser Satzung zu schützen.
Die Satzung macht die Verantwortung der Eigentümer für Grünstrukturen auf den privaten Flächen deutlich und schützt damit den Gehölzbestand in Kassel.

2.

§ 3, Sachlicher Geltungsbereich, Abs. 1 der Satzung erhält folgende neue Fassung:

(1) Von dieser Satzung geschützt sind Laubbäume mit einem Stammumfang ab 80 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 100 cm. Maßgebend ist der Umfang gemessen in 1 m Höhe. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unter dem Kronenansatz maßgebend. **Bei mehrstämmigen Bäumen entscheidet die Summe der Einzelstammumfänge ab einem Einzelstammumfang von 50 cm**.

3.

§ 4, Genehmigungspflicht und Versagungsgründe, Abs. 1 der Satzung erhält folgende neue Fassung:

(1) Durch diese Satzung geschützte Bäume sind zu pflegen und zu erhalten. Es ist nicht erlaubt, sie ohne Genehmigung zu verändern, zu schädigen oder sie zu beseitigen.

4.

§ 4, Genehmigungspflicht und Versagungsgründe, Abs. 5 der Satzung
Die Punkte 1. und 2. werden in der Reihenfolge getauscht.

5.

§ 7, Ersatzpflanzungen, Abs. 2 der Satzung erhält folgende neue Fassung:

(2) Für jeden beseitigten Baum ist als Ersatz ein Laubbaum mit einem in 1 m Höhe gemessenen Stammumfang von **mindestens** 12 cm zu pflanzen, zu erhalten und zu pflegen. Die Ersatzpflanzung ist zeitnah, spätestens in der nächsten Pflanzperiode durchzuführen. **Die Artenauswahl erfolgt in Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Kassel - Umwelt- und Gartenamt - im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.** Die Verpflichtung zur Ersatzpflanzung ist mit dem Anwachsen des Baumes erfüllt."

Stadtverordnetenvorsteher Kaiser stellt fest, dass die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion analog der Abstimmung im Ausschuss Sicherheit, Recht , Integration und Gleichstellung ziffernweise erfolgt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung:	SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung:	CDU, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung:	--

den

Beschluss

Ziffer 1 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung), 101.16.887, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: CDU, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Ziffer 2 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung), 101.16.887, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: CDU, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Ziffer 3 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung), 101.16.887, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: CDU, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Ziffer 4 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung), 101.16.887, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: CDU, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Ziffer 5 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung), 101.16.887, wird **zugestimmt**.

Abschließend wird zur Abstimmung gestellt:

- **Durch Änderungsantrag der FDP-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung) **in der in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.05.2008 erarbeiteten Fassung**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: CDU, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem durch Änderungsantrag der FDP-Fraktion geänderten Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung), 101.16.887, wird **zugestimmt**.

28. Erbbaurechtsbestellung und Grundstücksveräußerungen in der Gemarkung Wehlheiden
Vorlage der Grundstückskommission
- 101.16.898 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Der Bestellung eines Erbbaurechts mit der Zweckbestimmung Kindertagesstätte und Familienkompetenzzentrum - unter Ausschluss einer Nutzung als Jugendzentrum - an einer etwa 3.250 m² großen Teilfläche des städtischen Grundstücks Gemarkung Wehlheiden, Flur 4, Flurstück 186/3 an einen anerkannten freien Träger der Jugendhilfe zum Höchstgebot wird zugestimmt. Es soll mindestens ein jährlicher Erbbauzins von etwa 2.340 € (3.250 m² x 0,72 €/m² = 4 % von 17,90 €/m²) erzielt werden.

Das Eigentum des auf dem Grundstück befindlichen Gebäudes der Kindertagesstätte Wehlheiden wird ohne Zahlung eines Entgeltes an den anerkannten freien Träger der Jugendhilfe übertragen. Bei Heimfall bzw. Zeitablauf des Erbbaurechts wird für die Rückübereignung des Eigentums am Gebäude eine Entschädigung nur für Wertsteigerungen abzüglich öffentlicher Zuwendungen vereinbart.

Auswahlkriterium für die Vergabe des Erbbaurechts an einen anerkannten freien Träger der Jugendhilfe sind die Höhe des gebotenen Erbbauzinses sowie die Höhe des von der Stadt Kassel zu tragenden Zuschusses zur Sanierung des Gebäudes (beschränkt auf 80.000 €). Ausschlaggebend für die Vergabeentscheidung ist der gesamtwirtschaftliche Vergleich der Angebote. Bei gleichwertigen Angeboten soll der Jugendhilfeausschuss einen Vorschlag für die Trägerschaft unterbreiten.

2. Dem Verkauf eines etwa 1.600 m² großen, westlich von der Kindertagesstätte gelegenen Teilstücks des städtischen Grundstücks 186/3 zum Höchstgebot für Wohnbauzwecke wird zugestimmt.

3. Der Liegenschaftsdezernent wird ermächtigt, einen Erbbaurechtsvertrag bzw. Grundstückskaufverträge mit den jeweiligen Interessenten entsprechend der Rangfolge der Angebote (Höhe der Erbbauzinsen und Zuschussbedarf bei Erbbaurecht bzw. Kaufgeldhöchstgebot bei Wohnbauflächen) rechtsverbindlich abzuschließen. Erforderliche bauliche Maßnahmen (derzeit geschätzte Nettokosten ca. 165.000,-- €) im Zusammenhang mit der Veräußerung der Wohnbaugrundstücke und der Bestellung des Erbbaurechtes sind im Erbbaurechtsvertrag entweder auf den Erbbaurechtsnehmer zu übertragen oder werden durch Fachfirmen im Auftrag der Stadt Kassel durchgeführt. Werden die Maßnahmen auf den Erbbaurechtsnehmer übertragen, ist diesem der von den Fachdienststellen geschätzte Nettobetrag für die baulichen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die Zahlungen erfolgen als Kosten der Baureifmachung aus dem Liegenschaftsetat.

4. Grundstücksausschuss und Grundstückskommission ist über die erfolgte Erbbaurechtsbestellung und Veräußerungen zu berichten."

Soweit im Grundstücksausschuss Beschlüsse nicht einstimmig gefasst werden, ist die Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner,
Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: Kasseler Linke.ASG
Enthaltung: B90/Grüne
den

Beschluss

Dem Antrag der Grundstückskommission betr. Erbbaurechtsbestellung und Grundstücksveräußerungen in der Gemarkung Wehlheiden, 101.16.898, wird **zugestimmt**.

Stadtverordnete Weber bringt für die Fraktion B90/Grüne nachfolgenden Änderungsantrag ein:

Ziffer 2 des Antrages wird wie folgt ergänzt:

Der Erhalt des Baumbestandes wird garantiert.
Aus dem Verkauf sollen auf jeden Fall die von der Stadt Kassel zugesagten Zuschüsse in Höhe von 80.000 € für die Gebäudesanierung abgedeckt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, CDU, FDP, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne zum Antrag der Grundstückskommission betr. Erbbaurechtsbestellung und Grundstücksveräußerungen in der Gemarkung Wehlheiden, 101.16.898, wird **abgelehnt**.

9. Formale Aufhebung des Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. VII/22 für die Breslauer Straße/Industriezubringer Waldau Flughafen (Satzungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.900 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der formalen Aufhebung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. VII/22 für die Breslauer Straße / Industriezubringer Waldau Flughafen wird zugestimmt.

Die Aufhebung des Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. VII/22 für die Breslauer Straße / Industriezubringer Waldau Flughafen wird gemäß § 10 des Baugesetzbuches als Satzung beschlossen."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Formale Aufhebung des Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. VII/22 für die Breslauer Straße/Industriezubringer Waldau Flughafen (Satzungsbeschluss), 101.16.900, wird **zugestimmt**.

9.1 Wiedereröffnung Auebad
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.946 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert die notwendigen Schritte zur schnellstmöglichen Wiedereröffnung des Freibades Auebad im Jahr 2008 in die Wege zu leiten. Ein Betrieb während der Sommerferien und möglichst darüber hinaus muss gewährleistet werden.

2. In Zusammenarbeit mit den anliegenden Ortsbeiräten, dem Förderverein Auebad und interessierten Bürgern ist ein Nutzungskonzept zum weiteren Betrieb zu erarbeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, Stadtverordneter Häfner, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: SPD, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Wiedereröffnung Auebad, 101.16.946, wird **zugestimmt**.

10. Vertragsverhandlung zwischen Stadt Kassel und dem Land Hessen zur nördlichen Torwache
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.813 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. Umbau Kreuzung Altmarkt
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.823 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

12. Grüne Welle auf Kasseler Hauptstraßen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.858 -

Abgesetzt

13. Rad-City-Route
Gemeinsamer Antrag
- 101.16.864 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

14. Konzept "Stärkung der Radfahrachse Bad Wilhelmshöhe - City"
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FDP
- 101.16.922 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Verkehrsmanagementsystem für Kassel
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.899 -

Abgesetzt

16. Solarverordnung
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.904 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Tagesordnung II (ohne Aussprache)

17. Karlsplatz
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.16.872 -

Zurückgezogen

18. Umwandlung und Neueinrichtung von Betreuungsgruppen im Rahmen der Grundschulkindbetreuung zum 01.08.2008
Vorlage des Magistrats
- 101.16.880 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Zum Schuljahr 2008/2009 werden folgende Betreuungsgruppen umgewandelt bzw. neu eingerichtet:

Kita Harleshausen I	Umwandlung BG in BG/Hort I
Hort Auefeldschule	Umwandlung BG in BG/Hort I
Kita Eichwald	Umwandlung BG in BG/Hort II
Kinderhaus Landaustr.	Umwandlung BG in BG/Hort II
Kita Zierenberger Str.	Umwandlung einer Kindergartengruppe in BG/Hort II
Kita Strutbachweg I	BG/Hort II
Kita Ahnabreite	BG/Hort I

Kita Niederzwehren	BG/Hort I
Ev. Kita Matthäuskirche	BG/Hort I
Betreute Grundschule Kirchditmold e V	BG/Hort I
Hessisches Waisenhaus	BG/Hort II“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Umwandlung und Neueinrichtung von Betreuungsgruppen im Rahmen der Grundschulkindbetreuung zum 01.08.2008, 101.16.880, wird **zugestimmt**.

19. Bericht über Energiecontracting für städtische Gebäude
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.890 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, über die Umsetzungsschritte des Magistrats für den von der Stadtverordnetenversammlung am 26.03.2007 beschlossenen Antrag (101.16.425) im Ausschuss für Umwelt und Energie zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bericht über Energiecontracting für städtische Gebäude, 101.16.890, wird **zugestimmt**.

20. Radweg Eugen-Richter-Straße
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und FDP
- 101.16.895 -

Abgesetzt

21. Betrieb der Regiotram auf der Harleshäuser Kurve
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.16.896 -

Abgesetzt

22. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Vierten Änderung vom 13.12.2004 (Fünfte Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.897 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Vierten Änderung vom 13.12.2004 (Fünfte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordnete Yildirim
Ablehnung: CDU, Stadtverordneter Häfner
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) der Stadt Kassel vom 13.11.1995 in der Fassung der Vierten Änderung vom 13.12.2004 (Fünfte Änderung), 101.16.897, wird **zugestimmt**.

23. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/39 "Ausstellungs- und Messegelände", 1. Änderung (Offenlegungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.901 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Entwurf des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. VII/39 „Ausstellungs- und Messegelände“, 1. Änderung, wird zugestimmt.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VII/39 "Ausstellungs- und Messegelände", 1. Änderung (Offenlegungsbeschluss), 101.16.901, wird **zugestimmt**.

24. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VIII/76 "Hotel Gude" (Offenlegungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.902 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (gemäß § 12 (1) Abs. 1 Baugesetzbuch) für den Bereich südlich der Frankfurter Straße beidseitig der Straße Wartekuppe wird zugestimmt.

Ziel und Zweck der Planung ist die planungsrechtliche Sicherung der baulichen Entwicklung des Hotel „Gude“ in Kassel Niederzwehren.

Das Verfahren wird gemäß § 13a Baugesetzbuch im beschleunigten Verfahren durchgeführt. Ein Umweltbericht wird nicht erstellt.

Den Anregungen eines privaten Einwenders zur Geschossigkeit des Neubaues wird nicht entsprochen."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP, Stadtverordneter Häfner
Ablehnung: Stadtverordnete Yildirim
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. VIII/76 "Hotel Gude" (Offenlegungsbeschluss), 101.16.902, wird **zugestimmt**.

25. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/29, 1. Änderung "Parkhaus Raiffeisenstraße" (Offenlegungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.16.903 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der rechtsverbindliche Bebauungsplan der Stadt Kassel I/29 „Park Schönfeld, Leimbach, Heckerwiesenstraße, Raiffeisenstraße, Frankfurter Straße, Bahnhof Niederzwehren wird in einem Teilbereich geändert, um nach der Geschäftsaufgabe des Autohauses Rößler die Grundstücke neu zu nutzen. Insbesondere soll hier ein Parkhaus für das gegenüberliegende Grandhotel La Strada entstehen.
Der Bebauungsplan der Stadt Kassel I/29, 1. Änderung „Parkhaus Raiffeisenstraße" wird gemäß § 13a Baugesetzbuch als Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt.
Dem Entwurf des Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. I/29, 1. Änderung „Parkhaus Raiffeisenstraße" wird zugestimmt.
Der Bebauungsplanentwurf der Stadt Kassel I/29, 1. Änderung „Parkhaus Raiffeisenstraße" wird öffentlich ausgelegt."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/29, 1. Änderung "Parkhaus Raiffeisenstraße" (Offenlegungsbeschluss), 101.16.903, wird **zugestimmt**.

26. Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach § 6 des Hessischen Straßengesetzes für die öffentlichen Parkplätze im Erdgeschoss des Hauses Philosophenweg 10, Gemarkung Kassel, Flur 10, Flurstück 169/8
Vorlage des Magistrats
- 101.16.911 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Einziehung der auf dem beigefügten Lageplan schraffiert markiert dargestellten öffentlichen Verkehrsfläche der öffentlichen Parkplätze im Erdgeschoss des Hauses Philosophenweg 10, Gemarkung Kassel, Flur 10, Flurstück 169/8, für jeglichen Verkehr wird zugestimmt. Ein Verkehrsbedürfnis für die zuvor genannte Fläche besteht nicht mehr. Das Wegeeinziehungsverfahren nach den Bestimmungen des Hessischen Straßengesetzes vom 09.10.1962 ist einzuleiten."

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach § 6 des Hessischen Straßengesetzes für die öffentlichen Parkplätze im Erdgeschoss des Hauses Philosophenweg 10, Gemarkung Kassel, Flur 10, Flurstück 169/8, 101.16.911, wird **zugestimmt**.

27. Bundesprogramm "Aktiv im Alter"
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.916 -

- **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Initiative des Magistrats, an den Bundesprogrammen „Aktiv im Alter“ und „Freiwilligendienste aller Generationen“ teilzunehmen. Insbesondere ist zu prüfen, wie eine Vernetzung mit bestehenden Organisationen in Kassel (z. B. mit dem Freiwilligenzentrum Kassel) gestaltet werden könnte.

Nach Entscheid des Antrages ist entsprechend im Ausschuss zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Stadtverordnete Yildirim
den

Beschluss

Dem Antrag der FDP-Fraktion betr. Bundesprogramm "Aktiv im Alter", 101.16.916, wird **zugestimmt**.

29. Grundstückserwerb in der Gemarkung Waldau
Vorlage des Magistrats
- 101.16.913 -

Abgesetzt

30. Grundstücksveräußerung in der Gemarkung Waldau
Vorlage des Magistrats
- 101.16.914 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 20:40 Uhr

Jürgen Kaiser
Stadtverordnetenvorsteher

Heidi Woelk
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 23. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am
Montag, 19.05.2008, 16.00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Präsidium

Jürgen Kaiser, SPD
Stadtverordnetenvorsteher

Hendrik Jordan, SPD
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Anke Bergmann, SPD
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Georg Lewandowski, CDU
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Helga Weber, B90/Grüne
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Stadtverordnete

Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Stadtverordneter

Barbara Bogdon, SPD
Stadtverordnete

Wolfgang Decker, SPD
Stadtverordneter

Hannelore Diederich, SPD
Stadtverordnete

Dr. Manuel Eichler, SPD
Stadtverordneter

entschuldigt

Uwe Frankenberger, SPD
Fraktionsvorsitzender

Petra Friedrich, SPD
Stadtverordnete

Christian Geselle, SPD
Stadtverordneter

Dr. Rainer Hanemann, SPD
Stadtverordneter

Dipl.-Ing. Hermann Hartig , SPD
Stadtverordneter

Elfi Heusinger von Waldegge, SPD Stadtverordnete	
Dr. Bernd Hoppe, SPD Stadtverordneter	
Gabriele Jakat, SPD Stadtverordnete	
Dr. Monika Junker-John, SPD Stadtverordnete	
Ellen Lappöhn, SPD Stadtverordnete	
Peter Liebetrau, SPD Stadtverordneter	
Ernst Meil, SPD Stadtverordneter	
Manfred Merz, SPD Stadtverordneter	
Lars Ramdohr, SPD Stadtverordneter	
Heidi Reimann, SPD Stadtverordnete	
Wolfgang Rudolph, SPD Stadtverordneter	
Dr. Günther Schnell, SPD Stadtverordneter	
Elena Seewald, SPD Stadtverordnete	
Harry Völler, SPD Stadtverordneter	
Volker Zeidler, SPD Stadtverordneter	
Friedhelm Alster, CDU Stadtverordneter	
Michael Bathon, CDU Stadtverordneter	
Dr. Maik Behschad, CDU Stadtverordneter	

Bernd-Peter Doose, CDU Stadtverordneter	
Dominique Kalb, CDU Stadtverordneter	
Wolfram Kieselbach, CDU Stadtverordneter	
Stefan Kortmann, CDU Stadtverordneter	
Eva Kühne-Hörmann, CDU Fraktionsvorsitzende	
Nicola Mütterthies, CDU Stadtverordnete	
Dr. Michael von Rüden, CDU Stadtverordneter	
Sandra Rudolph, CDU Stadtverordnete	
Bodo Schild, CDU Stadtverordneter	
Lutz Schmidt, CDU Stadtverordneter	
Alfons Spitzenberg, CDU Stadtverordneter	
Waltraud Stähling-Dittmann, CDU Stadtverordnete	
Donald Strube, CDU Stadtverordneter	
Johann Thießen, CDU Stadtverordneter	
Klaus Weschbach, CDU Stadtverordneter	entschuldigt
Dr. Norbert Wett, CDU Stadtverordneter	entschuldigt
Dieter Beig, B90/Grüne Stadtverordneter	
Wolfgang Friedrich, B90/Grüne Stadtverordneter	

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90/Grüne
Stadtverordnete

Dr. Andreas Jürgens, B90/Grüne
Stadtverordneter

Anja Lipschik, B90/Grüne
Stadtverordnete

Heike Mattern, parteilos
Stadtverordnete

Karin Müller, B90/Grüne
Fraktionsvorsitzende

Dr. Klaus Ostermann, B90/Grüne
Stadtverordneter

Gernot Rönz, B90/Grüne
Stadtverordneter

Roswitha Rüschendorf, parteilos
Stadtverordnete

Karl Schöberl, B90/Grüne
Stadtverordneter

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

Norbert Domes, Kasseler Linke.ASG
Fraktionsvorsitzender

Ann-Christin Schomburg, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordnete

Axel Selbert, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordneter

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Kasseler Linke.ASG
Stadtverordnete — entschuldigt

Heidrun Goebel-Feußner, FDP
Stadtverordnete

André Lippert, FDP
Stadtverordneter

Frank Oberbrunner, FDP
Fraktionsvorsitzender

Gisela Schmidt, FDP
Stadtverordnete

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Ausländerbeirat

Kamil Saygin,
Vorsitzender des Ausländerbeirats

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

Thomas-Erik Junge, CDU
Bürgermeister

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin

Norbert Witte, CDU
Stadtbaurat

Rogelio Barroso, Kasseler Linke.ASG
Ehrenamtlicher Stadtrat

Brigitte Bergholter, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin

Jürgen Blutte, B90/Grüne
Ehrenamtlicher Stadtrat

Heinz-Gunter Drubel, FDP
Ehrenamtlicher Stadtrat

Esther Haß, SPD
Ehrenamtliche Stadträtin

Bärbel Hengst, CDU
Ehrenamtliche Stadträtin

Hermann Kirchberg, CDU
Ehrenamtlicher Stadtrat

Anita Mahrt, CDU
Ehrenamtliche Stadträtin

Annett Martin, B90/Grüne Ehrenamtliche Stadträtin	entschuldigt
Dirk-Ulrich Mende, SPD Ehrenamtlicher Stadtrat	
Hans-Jürgen Sandrock, SPD Ehrenamtlicher Stadtrat	
Heinz Schmidt, CDU Ehrenamtlicher Stadtrat	
Hajo Schuy, SPD Ehrenamtlicher Stadtrat	

Schriftführung

Anja Koch, Schriftführerin	
Edith Schneider, -16-	
Heidi Woelk, Schriftführerin	